

(Minister Dr. Behrens)

(A) Wir wollen im Sinne eines neuen Steuerungsmodells künftig unsere Justizbehörden mit Haushaltsflexibilisierungsmöglichkeiten und Budgetverantwortung ausstatten. Auch das beginnt im Jahre 1997 und setzt sich verstärkt in den Jahren danach fort.

Wir sind in den Förderbereichen gut weggekommen. So gibt es zum Beispiel bei der Straffälligenhilfe weitere zusätzliche Mittel.

Der Justizhaushalt hat einen Anteil am Landeshaushalt von - bereinigt - 4,5 %. Das ist weit mehr als der übliche Durchschnitt des Anteils der Justizhaushalte an den Haushalten der Länder. Der Bundesjustizminister möge deshalb aufhören, Nordrhein-Westfalen und andere zu beschimpfen, daß sie nicht genügend Geld zur Verfügung stellen. Er sollte sich lieber an seine eigene Nase fassen und sich endlich um die Erneuerung des Rechtssystems kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen steht mit den Zahlen, die ich Ihnen nur cursorisch genannt habe, in der Bundesrepublik auch im Vergleich, was die Rechtsgewährung für seine Bürgerinnen und Bürger angeht, mit Abstand an der Spitze.

(B) Unsere Opposition wählt leider nicht zum ersten Mal, was die Justiz betrifft, den Weg der Verweigerung der politischen Debatte. Wir hatten das gleiche schon bei der Beratung des Haushalts 1996 im Rechtsausschuß. Das, meine Damen und Herren, empfinde ich als ein Armutszeugnis. Diese Aussteigermentalität wird den Herausforderungen, vor denen wir uns sehen, nicht gerecht. Das, was hier heute vorgeführt worden ist, sollte ein Ausweis von taktischer Finesse sein. Ich glaube, Sie sind in die von Ihnen aufgestellte Falle selbst getappt. Auf Sie trifft der Spruch zu: Wer anderen eine Grube gräbt ... Das Ganze ist wohl eher eine Bauchlandung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten nicht den Willen zur Umsteuerung, wir leisteten einen völlig unzureichenden Beitrag für Investitionen. Ich habe Ihnen eben vorgerechnet, daß allein im Justizhaushalt der Investitionsanteil um mehr als 42 % steigt. Das ist zukunftsgerichtete Politik am Beispiel eines Ressortbereichs. Wir wollen mit der dort angelegten Runderneuerung unserer Justiz in Nordrhein-Westfalen den Rechtsfrieden sichern und die soziale und demokratische Rechtsordnung

weiter fortentwickeln. Dabei wissen wir uns auch mit diesem Haushalt auf einem guten Weg. Ich danke den Koalitionsfraktionen, daß sie so stringent mitberaten und mitgemacht haben. - Herzlichen Dank. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schliesse die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 04 entsprechend der Beschlußempfehlung **Drucksache 12/1604**. Wer die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der **Einzelplan 04** mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe sodann auf:

**Einzelplan 09: Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung **Drucksache 12/1609** und **eröffne die Beratung**. Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Sikora das Wort. (D)

**Gabriele Sikora (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung Europas für Nordrhein-Westfalen wird bei der Diskussion des Einzelplans 09 nur unzureichend deutlich. In allen Einzelplänen finden sich größere oder kleinere Haushaltsansätze, die aus EU-Programmen gespeist und durch Landesmittel kofinanziert werden. Dies sind rund 1 Milliarde DM, die zur Hälfte aus Brüssel finanziert werden.

Darüber hinaus erhalten die nordrhein-westfälischen Landwirte rund 700 Millionen DM Mittel zur Agrarförderung aus Brüssel.

Viele Forschungsinstitute und Unternehmen, die im Bereich Forschung und Entwicklung aktiv sind, erhalten Fördergelder direkt aus Brüssel, die nicht durch den Landeshaushalt laufen.

In vielen Bereichen, so beispielsweise in der Strukturpolitik, gibt es zwischen der nordrhein-

(Sikora [SPD])

(A) westfälischen Art, Strukturwandel zu gestalten, und der europäischen Strukturpolitik ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten. Nordrhein-Westfalen gilt vielen Regionen, die ebenfalls einen industriellen Umwandlungsprozeß zu gestalten haben, als Vorbild. Über die Situation bei den Strukturfonds werden wir detailliert am Freitag diskutieren.

Wir stehen in Europa vor großen Entscheidungen. In den nächsten beiden Jahren werden die Weichen gestellt. Damit wird darüber entschieden, ob uns in Europa der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt gelingt.

Dazu zählen der Eintritt in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, die Umsetzung der Ergebnisse der Regierungskonferenz, die Regelung der Finanzausstattung der Europäischen Union für die kommende Planungsperiode und die Erweiterung der Europäischen Union.

Maastricht II muß 1997 oder 1998 vom Deutschen Bundestag ratifiziert werden. Die Verhandlungen über die weitere Finanzierung der EU und die Mittelverwendung sind in vollem Gang. Die Struktur- und Funktionsweise der EU muß von den Mitgliedsländern ratifiziert werden. Auch der Bundesrat und somit das Land Nordrhein-Westfalen müssen dem zustimmen.

(B) Deshalb ist es wichtig, daß Nordrhein-Westfalen seine Interessen gegenüber der Bundesregierung und der Kommission in Brüssel vertritt. Zugleich ist es wichtig, daß die Menschen in Nordrhein-Westfalen über die vor uns stehenden Entscheidungen in Europa sachlich informiert werden. Hier leistet das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten eine sehr wertvolle Arbeit. Die von Minister Dammeyer gestartete Europainitiative Nordrhein-Westfalen trägt dazu bei, daß über Europa und die Bedeutung europäischer Entscheidungen für Nordrhein-Westfalen informiert wird. Die Europainitiative will Netzwerk der Aufklärung sein. Dies wird von uns sehr begrüßt.

Eine neue Umfrage des Bundesverbandes Deutscher Banken hat ergeben, daß in Sachen Europa in Deutschland ein Meinungswandel zu verspüren ist, und zwar zum Positiven hin. Die negativen Schlagzeilen und politischen Klagelieder früherer Jahre sind verstummt. Wenn wir über Europa reden, heißt es nicht mehr: Europa ist der Hort der ständigen Streitigkeiten; Europa ist ein Moloch, der Steuergelder aufzehrt. - Heute heißt es dagegen: Europa ist ein akzeptabler Organismus. Im europäischen Einigungsverfahren gleichen sich

Vor- und Nachteile aus. Dies ist das Ergebnis der (C) Umfrage.

Aus der Weltperspektive gesehen ist Europa für Deutschland ein Kontinent der Zukunft vor den anderen großen Regionen der Erde. Dies gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen als Außenhandelsplatz Nummer 1 in Deutschland. Rund 50 % unseres Exports wickelt die NRW-Wirtschaft mit Kunden in den Mitgliedsländern der EU ab.

Die Menschen sehen einen Sinn darin, daß Probleme, die national nicht gelöst werden können, auf europäischer Ebene gelöst werden. Beispiele sind die Bekämpfung des Rauschgifthandels und der Kriminalität sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und auch eine europäische Wirtschaftsentwicklung.

Daß Europa zuviel Einfluß auf Entscheidungen in Europa hätte, ist der Eindruck von Minderheiten.

Die Vertreter Nordrhein-Westfalens im Ausschuß der Regionen wirken unmittelbar am Meinungsbildungsprozeß in den europäischen Gremien mit. Sie setzen sich für eine Stärkung des Europa der Regionen ein.

Wir würden es begrüßen, wenn die Versammlung der Regionen Europas ihren ständigen Sitz in Bonn erhalten könnte. Damit könnte eine europäische Institution, die sich dem Gedanken des Europa der Regionen verschrieben hat, nach Deutschland geholt werden und würde das Bild Bonns als internationales Zentrum unterstreichen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Regierungskonferenz entscheidet über ein bürgernahes Europa, eine demokratische und effiziente Union, eine Union, die ihre Identität auf internationaler Ebene stärker behaupten und für weitere Mitglieder aufnahmefähig sein soll.

Wir unterstützen die Forderungen der Landesregierung für die Regierungskonferenz 1996, die zur Grundlage für die gemeinsame Position der Länder geworden ist. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips können die Länder die Verhandlungen über Maastricht II nicht allein der Bundesregierung überlassen.

Meine Damen und Herren, es geht darum, das Band zwischen der Europäischen Union und den Bürgerinnen und Bürgern durch mehr Bürgernähe

(Sikora [SPD])

- (A) zu stärken, damit die inzwischen positiven Einschätzungen über Europa nicht enttäuscht werden. Dieser Vertrauensvorschuß muß auch eingelöst werden.

Abschließend möchte ich sagen, daß die SPD-Fraktion dem Einzelplan 09 zustimmen wird. Ich bedauere, daß leider kein Mitglied der CDU-Fraktion aus dem Ausschuß "Europa- und Eine-Welt-Politik", wenn auch nur körperlich, der Debatte gefolgt ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Kollegin Koczy das Wort.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Einzelplan 09 nehme ich zu dem Ministerium Stellung, das nach der nominalen Größe und Höhe der Ausgaben das kleinste in der Runde der 15 Einzelpläne ist. Das Ministerium hat einen Haushaltsansatz mit Einnahmen in Höhe von 253 800 DM und Ausgaben in Höhe von 13 409 100 DM.

- (B) Manche mögen meinen, es gebe nicht viel zu diesen Summen zu sagen, doch möchte ich daran erinnern, daß, so klein die Summe, so groß das Thema Europa ist. In diesem Ministerium werden Inhalte und Themen behandelt, die weite Kreise ziehen und zu denen wir uns noch die Augen über all die Papiere und deren Bewältigung ausgucken werden, die "mal eben so" über den Schreittisch wandern.

In diesem Bereich - das gebe ich ehrlich zu - braucht Frau die höchste Frustrationstoleranz gegenüber der Nichtbehandlung von wichtigen Themen, wobei uns allen klar sein dürfte: Hier gibt es eine ganze Menge zu tun. Auch in NRW werden wir die Nase immer öfter in die Europapolitik stecken; denn das ist bitter notwendig, wie der heutige Artikel in der "Süddeutschen" beweist, den ich mit Erlaubnis der Präsidentin auch teilweise zitieren werde.

Darin steht geschrieben, daß das Regierungspapier für die EU-Konferenz Demokratie verspricht, aber nichts davon enthält. Kanzler Kohl und der französische Präsident Chirac haben Stellung bezogen und haben unter dem Titel "Anpassung der

Europäischen Union zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger" - "Bürgerinnen" haben sie gar nicht gesagt, stelle ich fest; das ist mir so entglitten - ein 144 Seiten dickes Papier vorgegeben, in dem es echte Rechte der Bürger nicht gibt. Man wünscht sich dort eine nachvollziehbare und transparente Gestaltung der Einrichtung der Union; aber klammheimlich werden dem Europäischen Parlament wichtige Kompetenzen entzogen. Im Bereich der zweiten und dritten Säule, also im Bereich der Außenpolitik sowie der Innen- und Justizpolitik, werden ihm die Mitspracherechte im Haushalt entzogen. (C)

Gleichzeitig soll die Euro-Polizei Europol operative Befugnisse erhalten, also europaweit schalten und walten dürfen, wie es beliebt, aber ohne die demokratische Einbindung. Das ist eine Schandele! Denn nicht einmal der Hebel des Haushalts bleibt den Parlamentariern im Europaparlament erhalten, um hierauf Einfluß zu nehmen.

Was ich damit ausdrücken will und was damit auch klar wird, ist: Wir müssen uns dafür einsetzen, daß mehr Demokratie in Europa erhalten und bewahrt wird und daß die Bestrebungen, die zum Beispiel auch im Strukturpolitikpapier der Bayern zum Ausdruck kommen, daß nämlich die nationalen Regierungen inzwischen maximalen Einfluß für sich einfordern, nicht zum Tragen kommen. Die einzelnen nationalen Regierungen wollen mehr Einfluß haben und sich eben nicht dem europäischen Gedanken unterordnen, der da heißt, sich für eine Gemeinschaft, für einen sozialen, ökologischen, chancenmäßig gleichberechtigten Zusammenhalt der Union einzusetzen. (D)

(Beifall des Roland Appel [GRÜNE])

Das ist Realität. Die Regierungen der Länder wollen arbeiten, aber die Bürgerinnen und Bürger sollen draußen vor der Tür bleiben und zusehen, wie sich Europa etabliert.

Dem werden wir so nicht zustimmen. Wir werden uns weiter von Landesseite dafür einsetzen, daß sich mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Bürgerinnen- und Bürgernähe und mehr Subsidiarität breitmachen.

Zum Haushalt selber! Von den Fraktionen sind keinerlei Änderungsvorschläge eingereicht worden, so daß ich mich auch angesichts der fortgeschrittenen Stunde kurz fassen kann und nur ein Thema explizit innerhalb des Haushalts aufgreife: die Erhöhung des Ansatzes für Zuschüsse

(Koczy [GRÜNE])

- (A) zur Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen, die wieder, wie 1995, auf 387 000 DM aufgestockt werden. Diese Mittel dienen der Förderung unterschiedlicher Maßnahmen, Einrichtungen und Veranstaltungen, die Grenzen überschreiten. Das sind, wie ich finde, sehr wichtige Projekte: Euregio Rhein-Ems, Regio Rhein-Waal, Regio Rhein-Maas-Nord, Regio Aachen sowie die Bundesgemeinschaft für deutsch-niederländische Kulturarbeit. Es ist unsere Aufgabe, die Kofinanzierung des Landes in jedem Fall bereitzustellen und dafür zu sorgen, daß die Fortführung dieser Programme unter Interreg weiter gewährleistet ist. - So weit dazu!

Ich möchte aber auch noch die Gelegenheit nutzen, einige allgemeinere Themen anzusprechen. Ich habe hier auf das Papier zur Regierungskonferenz Bezug genommen. Dazu brauche ich jetzt nichts mehr zu sagen. Zum Thema Wirtschafts- und Währungsunion hat der Ausschuß im September eine Anhörung gemacht. Das Anhörungsergebnis wird im Januar ausgewertet. Ich bitte die Fraktionen, sich darauf vorzubereiten und sich hier einzubringen.

- (B) Dann gibt es am Freitag noch eine Diskussion zum Thema Strukturfonds. Ich habe vorhin kurz erwähnt, daß uns inzwischen ein Positionspapier der bayerischen Landesregierung vorliegt, in dem quasi die Renationalisierung im Vordergrund steht: weg von den europäischen Prinzipien der Verteilung - hin zu mehr Selbstbestimmung, hin aber auch dazu, daß die Kriterien Beschäftigungspolitik, Ökologie, Chancengleichheit hinten überkippen. Diesen Problemen werden wir uns stellen und uns negativ zum Bayernpapier äußern.

Ein weiteres Problem, mit dem wir uns auf Landesebene beschäftigen müssen, ist die Osterweiterung. Europa wird nicht länger an den Grenzen haltmachen können, an denen es sich heute befindet. Wir werden weitere Länder aufnehmen, und wir werden uns darauf verständigen müssen, daß nicht mehr die Höhe der Summen zur Verfügung steht, von denen wir bis jetzt gewohnt sind, daß sie für die Landespolitik bereitgestellt werden. Damit müssen wir uns beschäftigen, damit müssen wir auch klarkommen. Das bedeutet auch notwendige Schritte und Einschnitte in den Haushalten. Aber wie wir damit umgehen, darüber haben wir bislang noch nicht geredet. Das wird noch weiter zu problematisieren sein.

Thema "Demokratisierung". Dazu habe ich den Artikel in der "Süddeutschen" erwähnt; ich möch-

te es aber noch einmal klarstellen: Ein Europa der Zukunft muß ein Europa sein, in dem wir, in dem die Bürgerinnen und Bürger Einfluß haben, in dem klar ist, was dort oben geschieht und in dem nicht die Bürokratie allein die Geschicke der Europäischen Union lenkt. Das war es in aller Kürze. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Ich erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dammeyer das Wort.

**Dr. Manfred Dammeyer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Europapolitik ist wichtig und wird immer wichtiger werden. Nordrhein-Westfalen hat erhebliche Interessen in Europa. Wir bemühen uns darum, diese Interessen so konsequent und so zielgerichtet wie möglich zu vertreten. Ich darf darauf hinweisen, daß von den Ziel-2-Mitteln, die nach Deutschland fließen, die Hälfte nach Nordrhein-Westfalen fließt. Das ist ein wichtiger Beitrag für unseren Strukturwandel, und er wird mit dem gleichen Betrag, den wir aus eigenen Mitteln einbringen, kofinanziert.

Die Entscheidungen, mit denen wir uns auf europäischer Ebene in Zukunft konfrontiert sehen, werden immer mehr unmittelbare und direkte Auswirkungen auf das Leben der Bürger haben, aber auch auf die unterschiedlichen staatlichen Aktivitäten. Viele werden von einigen Entscheidungen überrascht werden. Wir werden die Ergebnisse der Regierungskonferenz, die Einführung einer einheitlichen Währung, die Umstrukturierung der Strukturfonds, die Neuorientierung der Agrarpolitik, die Finanzierung der Europäischen Union und eine Osterweiterung gewissermaßen zum gleichen Zeitpunkt zu diskutieren und auf europäischer Ebene zu entscheiden haben.

Daß dabei notwendigerweise die Interessen in unterschiedlicher Weise aufeinanderprallen, liegt auf der Hand und macht es besonders erforderlich, daß wir diesem Politiksektor besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Deshalb ist es gut, daß wir, das Land Nordrhein-Westfalen, uns intensiv um unsere unmittelbaren Nachbarn im Grenzbe-  
reich kümmern können und daß wir aus diesem Grunde die Interreg-Mittel entsprechend kofinan-

(C)

(D)

(Minister Dr. Dammeyer)

- (A) zieren und die Arbeiten der diversen Euregios zu-  
standebringen können.

Deshalb ist es gut, daß wir uns im Land  
Nordrhein-Westfalen frühzeitig darum kümmern  
können, uns mit den unterschiedlichen Organisa-  
tionen und gesellschaftlichen Kräften darüber zu  
unterhalten, wie sie denn die politische Diskus-  
sion über die weitere Entwicklung Europas und  
die Interessen, die Nordrhein-Westfalen daran hat,  
führen können und müssen. Denn es müssen  
möglichst viele politisch bewußte Bürger diese  
politische Debatte zu europäischen Themen in  
unserem Lande führen. Deshalb ist es auch gut,  
daß wir darauf Einfluß nehmen können, was in  
Brüssel passiert.

Deshalb gibt es in diesem Einzelplan des Haus-  
halts nur ein paar Veränderungen. Eine wichtige  
Angelegenheit ist, daß wir die Chance für Exper-  
ten, die wir aus Nordrhein-Westfalen nach Brüssel  
schicken können, deutlich verbessert haben. An-  
sonsten haben wir im wesentlichen unseren  
Haushalt überrollt, was zeigt, daß wir auch unter  
den Bedingungen der Einschränkung, mit denen  
wir zu arbeiten haben, das Gewicht dieses Politik-  
sektors ernst nehmen.

- (B) Meine Damen und Herren, ich setze darauf, daß  
wir auch jenseits der Haushaltsplanberatungen in  
der Sache unsere Diskussion fortsetzen. Insbe-  
sondere heißt das, daß die verehrten Kolleginnen  
und Kollegen von der CDU auch hier im Landtag  
diesen Teil politischer Entscheidungen ernster  
nehmen, als nur ihre physische Anwesenheit zu  
demonstrieren.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine  
weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** die  
**Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse abstim-  
men über den **Einzelplan 09** entsprechend der  
Beschlussempfehlung **Drucksache 12/1609**. Wer  
dem die Zustimmung erteilen möchte, bitte ich  
um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? -  
Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den  
Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
gegen die Stimmen der CDU so **beschlossen**.

Zum Schluß beraten wir

### Einzelplan 13: Landesrechnungshof

(C)

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Druck-  
sache 12/1613. Es liegen dazu keine Wortmel-  
dungen vor. Ich **schließe** die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse abstim-  
men über den **Einzelplan 13** entsprechend der  
Beschlussempfehlung **Drucksache 12/1613**. Wer  
dem die Zustimmung erteilen möchte, bitte ich  
um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? -  
Wer enthält sich? - Damit ist der Einzelplan 13  
mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS90/DIE  
GRÜNEN gegen Teile der CDU-Fraktion bei Enthalt-  
ung einiger Mitglieder der CDU-Fraktion **ange-  
nommen**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der  
heutigen Tagesordnung.

(Beifall)

Wir unterbrechen jetzt die Haushaltsberatungen in  
zweiter Lesung und setzen sie morgen früh um  
10 Uhr fort. Ich wünsche einen angenehmen  
Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 16.28 Uhr**

(D)

\*1 Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft  
(§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenar-  
protokoll so gekennzeichneten Redner und  
Rednerinnen.

17. Dezember 1996/Ausgegeben: 18. Dezember 1996

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln  
gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein West-  
falen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84  
24 39, zu beziehen.